

Rüsselsheim, den 25.03.2022

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses

vom Dienstag, den 22.03.2022 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses vom 22.02.2022

Das Protokoll wird in der vorliegenden Form einstimmig genehmigt.

TOP 2 Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 DS-172/21-26 1. Ergänzung a) Aufstellung Produkte HH 2022 SozIJA

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 wird in 1. Lesung beraten.
Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

Produkt 050040000 – Verwaltung – Soziale Leistungen

Sachkonto 6705000 – Mietnebenkosten

Die Veranschlagung der Mietkosten für das Nachbarschaftszentrum in der Böllenseesiedlung erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2022 unter dem Teilhaushalt 010160060 (Gebäudeunterhaltung und –bewirtschaftung)

Produkt 050347000 – Förderung der freien Wohlfahrtspflege

Sachkonto 6994105 – Rüsselsheim-Pass, Ersatzleistungen Kostenersatzleistungen für die Leistungen infolge der Einführung des Rüsselsheim-Passes sowie Erstattung der Integrationskurse
Die Verwaltung sagt eine Aufstellung bzgl. der Ersatzleistungen zu.

Produkt 0501 – Hilfen für Asylbewerber

Herr Christian Mayer, Fachbereichsleiter FB Gesundheit und Soziales, berichtet zur aktuellen Situation. Die Anzahl der Geflüchteten aus der Ukraine kann derzeit nur annäherungsweise angegeben werden. Größtenteils kommen Frauen mit Kindern. Aktuell (Stand 22.03.2022) wurden 106 Anträge auf eine Aufenthaltserlaubnis gestellt.

Produkt 050041000 – Leistungen, BTHG

Die Verwaltung sagte eine Aufstellung bzgl. der Fallzahlen im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes zu.

TOP 3 Haushaltssicherungskonzept und Änderungsbeschluss DS-172/21-26 2. Ergänzung

Der Ausschuss nimmt das Haushaltssicherungskonzept zur Kenntnis wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. der Haushaltsplanentwurf ohne Konsolidierungsmaßnahmen bei einem Fehlbedarf von 15.150.879 EUR liegt,
2. der Haushalt ohne Konsolidierungsmaßnahmen wohl nicht genehmigungsfähig ist.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. die Firma Schüllermann mit der Fortsetzung des sogenannten „Schüllermann-Prozesses“ aus 2014 mit dem Ziel zu beauftragen, die damaligen Maßnahmen (inklusive der damals nicht weiter verfolgten Maßnahmen) zur Haushaltssicherung zu evaluieren und abzuschließen, um nachhaltige Veränderungen der Haushaltsstruktur zu finden, die sicherstellen, dass auch die Folgejahre ausgeglichen werden können,
2. den Verband für Kommunales Management (KGSt) so schnell wie möglich zu beauftragen, ein Haushaltssicherungskonzept gemeinsam mit dem Magistrat zu erarbeiten, das alle Einsparpotentiale und Ertragssteigerungen darstellen soll, um der Stadtverordnetenversammlung die gesamte Bandbreite der Möglichkeiten aufzuzeigen, wie ein Haushaltsausgleich dauerhaft erreicht werden kann, um nachhaltige Veränderungen der Haushaltsstruktur zu finden, die sicherstellen, dass auch die Folgejahre ausgeglichen werden können,
3. für den Haushalt 2022 einmalig die Sach- und Dienstleistungen pauschal um 10,68% (5.000.000 EUR) abzusenken,
4. für den Haushalt 2022 einmalig eine Gewinnabführung der Gewobau mbH in Höhe von 2,0 Mio. EUR,
5. für den Haushalt 2022 eine Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B um 272 Punkte (8.160.000 EUR) bis zur Grundsteuerreform, um den Haushaltsausgleich darzustellen.

Weiterhin beschließt sich Stadtverordnetenversammlung zur Entlastung des Investitionshaushalts

6. für den Haushalt 2022 die einmalige Aussetzung der Verpflichtungen aus der Hessenkasse beim Land Hessen analog zum Landkreis Groß-Gerau zu beantragen (1.600.000 EUR).

**TOP 4 Finanzplanung (Investitionsprogramm und Finanzplan) für den Zeitraum
2021 – 2025
DS-173/21-26**

Der Ausschuss hat die Finanzplanung (Investitionsprogramm und Finanzplan) für den Zeitraum 2021 – 2025 in 1. Lesung beraten.

**TOP 5 Jahresbericht 2021 - Kommunale Senior*innenarbeit
Bericht des Magistrates zur Kenntnisnahme
DS-169/21-26**

Frau Merkelbach stellt den Bericht vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder. Die kreative Arbeit, gerade in den beiden Corona-Jahren, wird von den Ausschussmitgliedern sehr gelobt.

Der Ausschuss nimmt den Jahresbericht 2021 – Kommunale Senior*innenarbeit zur Kenntnis.

**TOP 6 Planung der Versorgung mit Betreuungsplätzen für unter Dreijährige
2022/2023
DS-164/21-26**

Herr Bürgermeister Grieser erläutert die Vorlage.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Fachausschuss II sowie der Jugendhilfeausschuss der Vorlage einstimmig zugestimmt haben.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, der Vorlage zuzustimmen wie folgt:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. gemäß § 24 Abs. 2 SBG VIII ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres besteht.
2. zum 01.02.2022 aufgrund der Entwicklungen der Geburtenjahrgänge die Anzahl der anspruchsberechtigten Kinder um 3 % auf 2.197 gesunken ist.
3. mit Stand 01.02.2022 stadtweit 446 Betreuungsplätze in Tageseinrichtungen für Kinder oder in der Kindertagespflege zur Verfügung stehen (Anlage 1). Dies entspricht bei der Berücksichtigung von drei Jahrgängen (Anlage 2) aktuell einer Versorgungsquote von rund 20 % (Vorjahr 19 %) und einer Verringerung der Platzzahl im Vergleich zum Vorjahr von 449 auf 446 Plätze.
4. zur Erreichung der Zielvorgabe einer Versorgungsquote in Höhe von 35 % (politische Zielvorgabe des Krippengipfels 2007) in Rüsselsheim am Main 323 weitere Plätze fehlen würden (Anlage 2).
5. gemäß der Anmeldungen für das Betreuungsjahr 2022/2023 zum Stichtag 01.02.2022 für 12 Kinder kein Platzangebot zugeordnet werden kann (Anlage 3).
6. im Betreuungsjahr 2022/2023 noch weitere 24 Plätze durch die Inbetriebnahme der Kindertagesstätte in der Eisenstraße 56 durch einen freien Träger zur Verfügung gestellt werden können (Anlage 5) und somit allen angemeldeten Kindern ein Platzangebot wird gemacht werden können.
7. in dem folgenden Betreuungsjahr noch weitere Betreuungsplätze durch beschlossene Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden können, nach aktuellem Stand zum Beginn des Betreuungsjahres 2023/2024 24 Plätze durch die Kita Georg-Jung-Straße und 24 Plätze durch die Kita Hans-Sachs-Straße, sowie zum Ende des gleichen Betreuungsjahres 36 Plätze durch die Kita am Standort Masurenweg.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Kita August-Bebel-Straße an einen freien Träger vergeben wird und hierfür ein europaweites Ausschreibungsverfahren durchgeführt wird.

**TOP 7 Planung der Versorgung mit Betreuungsplätzen für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt 2022/2023
DS-165/21-26**

Herr Bürgermeister Grieser erläutert die Vorlage.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Fachausschuss II sowie der Jugendhilfeausschuss der Vorlage einstimmig zugestimmt haben.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, der Vorlage zuzustimmen wie folgt:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

8. gemäß § 24 Abs. 3 SBG VIII ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder, die das dritte Lebensjahr vollendet haben, bis zum Schuleintritt besteht.
9. zum 01.02.2022 aufgrund der Entwicklungen der Geburtenjahrgänge die Anzahl der anspruchsberechtigten Kinder um 0,7 % auf 3.062 gesunken ist (Anlage 1).
10. mit Stand 01.02.2022 stadtweit 2.541 Betreuungsplätze in städtischer, konfessioneller und freier Trägerschaft für die tatsächliche Belegung zur Verfügung stehen (Anlage 2), dies entspricht an diesem Stichtag einem Versorgungsgrad von 83 %.
11. im Betreuungsjahr 2021/2022 noch weitere 120 Plätze (20 Kita Zum Büttelacker / 20 Kita Im Apfelpark / 80 Kita Essener Straße) und im Laufe des Betreuungsjahres 2022/2023 noch einmal 60 Plätze (20 Kita Lengfeldstraße / 40 in der Eisenstraße) zur Verfügung gestellt werden können (Anlage 4 und 5); für die Umbauphase der Einrichtung Sachsenweg können vorübergehend 20 Plätze nicht belegt werden.
12. mit diesen noch entstehenden Plätzen (saldiert 160) bis zum Ende des Betreuungsjahres 2022/2023 ein Versorgungsgrad von 88 % erreicht wird.
13. somit für bis zum 01.02.2022 angemeldete Kinder im Laufe des Betreuungsjahres 2022/2023 im gesamten Stadtgebiet 68 Betreuungsplätze fehlen werden (Anlage 3).
14. zum Stand 01.02.2022 für 301 Kinder keine Anmeldung für einen Betreuungsplatz erfolgte, demnach fehlen im gesamten Stadtgebiet noch 369 Betreuungsplätze für in Rüsselsheim gemeldete Kinder. Hierfür sind mittelfristig weitere Maßnahmen bereits in früheren Drucksachen beschlossen worden und befinden sich teilweise bereits in Planung bzw. Umsetzung (Anlage 4 und 5).

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

1. in der Kindertagesstätte Frankfurter Straße im neuen Grundschulbezirk Parkschule ab dem Betreuungsjahr 2023/2024 die aktuellen Öffnungszeiten bis 14:30 Uhr auszuweiten und damit für eine Gruppe von 20 Kindern Ganztagsplätze bis 16:30 Uhr plus bedarfsgemäßem Spätdienst bis 17 Uhr anzubieten.
Daraus ergibt sich ein Mehrbedarf von 14,73 Fachkraftstunden für Erzieher*innen (0,38 Stellen), die im Stellenplan ab dem Haushaltsjahr 2023 umgesetzt werden.
2. ab dem Betreuungsjahr 2022/2023 im Grundschulbezirk der Otto-Hahn-Schule in der Kindertagesstätte Rheingauer Straße 10 Grundbetreuungsplätze mit Mittagstisch in Ganztagsplätze und im Grundschulbezirk der Hasengrundscheule in der Kita Zamenhofstraße 15 Grundbetreuungsplätze in 5 Grundbetreuungsplätze mit Mittagstisch und 10 Ganztagsplätze umzuwandeln.
Daraus ergibt sich ein Mehrbedarf von 33,14 Fachkraftstunden für Erzieher*innen (0,85 Stellen) und 5,5 Stunden für Hauswirtschaftskräfte (0,14 Stellen), die im Stellenplan ab dem Haushaltsjahr 2023 umgesetzt werden.

**TOP 8 Planung der Versorgung mit Betreuungsplätzen für Grundschul Kinder
2022/2023
DS-166/21-26**

Herr Bürgermeister Grieser erläutert die Vorlage.

Herr Stadtv. Metz fragt nach den konkreten Maßnahmen und Kosten für die Erweiterung des Angebotes aufgrund der erhöhten Nachfrage in der Eichgrundschule. Da diese Fragen derzeit nicht beantwortet werden können, kündigt er für seine Fraktion Stimmenthaltung zu der Vorlage an.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Fachausschuss II sowie der Jugendhilfeausschuss der Vorlage einstimmig zugestimmt haben.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig bei 3 Enthaltungen der Vorlage zuzustimmen wie folgt:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. gemäß § 24 Abs. 4 SGB VIII ein gesetzlicher Auftrag besteht, für ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen für Schulkinder zu sorgen.
2. mit Beschlussfassung 1 und 2 die Anzahl an Betreuungsplätzen von 1.271 im Schuljahr 2021/22 (Versorgungsquote 46 %) auf 1.391 im Schuljahr 2022/23 (Versorgungsquote 47 %) steigen würde.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

1. für Grundschul Kinder in Ganztags- und Betreuungsangeboten von Schulen sowie bei Fördervereinen für das Schuljahr 2022/2023
 - eine Platzkapazität von insgesamt 890 Betreuungsplätzen bezuschusst werden soll, was eine Steigerung von 100 Plätzen im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. (Anlage 3)
 - für die hier inkludierten 45 zusätzlichen Plätze an der Eichgrundschule die Mittagsessensversorgung räumlich erweitert wird.
2. für Grundschul Kinder an städtischen Betreuungsschulen für das Schuljahr 2022/2023
 - eine Platzkapazität von insgesamt 401 Betreuungsplätzen zur Verfügung gestellt werden soll, was eine Steigerung von 20 Plätzen im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. (Anlage 2)
 - für den Stellenplan 2023 aufgrund des um 20 Plätze erhöhten Betreuungsbedarfs in den städtischen Betreuungsschulen zu den vorhandenen 24 Stellen eine weitere 0,75 Stelle in der E.-Gr. S8b TVöD angemeldet und Beschäftigungsentgelte für 9 Monate in 2023 für diese Stelle in Höhe von 36.895 € (Basis: Tarif 2022) eingestellt werden sollen.

TOP 9 Anfragen und Mitteilungen

- Frau Stadtv. Alevizaki erkundigt sich nach dem Vorschlag der SKG Bauschheim, im Rosenhof Geflüchtete unterzubringen.

Herr Bürgermeister Grieser stellt fest, dass der Vorschlag erst am Vorabend bei ihm

eingegangen ist und bereits geprüft wird, wie auch alle weiteren Hinweise aus der Bevölkerung geprüft werden.

- Herr Bürgermeister Grieser berichtet, dass in der Stadtverordnetenversammlung die Personalbesetzung in den Kitas diskutiert wurde.
Er bittet die Fachpolitiker*innen der Fraktionen sich an ihn zu wenden, falls noch Informationen benötigt werden.
Er erinnert daran, dass seit seinem Amtsantritt die Zahl der besetzbaren Stellen in den Kitas um ca. 42 % gestiegen sind und die tatsächliche Besetzungsquote seit Jahren um die 90 % schwankt, was zeige, wie erfolgreich die Stadt dabei sei, sich dem Fachkräftemangel entgegenzustemmen.
- Die Vorsitzende verweist auf das Schreiben des Kita-Stadtelternteilnehmerbeirats, das allen Fraktionen zugegangen ist.
Der Kita-Stadtelternteilnehmerbeirat wünscht, dass der Magistrat eine interfraktionelle Arbeitsgruppe einberuft, in der fraktionsübergreifend an Konzepten für die Situation der Kinderbetreuung gearbeitet wird.
Der Jugendhilfeausschuss unterstützt dieses Ansinnen. Der Beschluss dazu wird in Präsenz gefasst werden.